



Medienmitteilung vom 11. Mai 2022

Der Wolf als tickende Zeitbombe

SVP Nationalratskandidatin Claudia Brunner hat am Mittwochabend in der Aula Bürglen knapp 250 Urnerinnen und Urner empfangen, um über das Wolf-Problem zu diskutieren. Die Referenten Monika Rügger (SVP Obwalden) und Felix Jauch (Vereinigung zum Schutz von Jagd- und Nutztieren in der Zentralschweiz) riefen das Publikum auf, sich engagierter für ihre Sache zu wehren.

Claudia Brunner erklärte in der Einleitung, dass der Wolf früher aus existenziellen Gründen für Familien ausgerottet werden musste, aber heute gar mehr Rechte genieße als beispielsweise eine Mutterkuh. Der Wolf richte mit einer unübersichtlichen Anzahl von Rissen und zu Tode getriebenen Nutztieren grosse Schäden an. Es sei für sie unverständlich, dass der Tierschutz sich in keinster Art für diese Tiere interessiere, die qualvoll und in Schmerzen verenden müssten. «Die Bauern und Äpler sind besorgt, und immer mehr geben die Alpenbewirtschaftung auf. Daraus resultieren starke Verbuschungen, die Wanderwege werden nicht mehr gepflegt und dadurch leidet auch der Tourismus.»

Druck nach Abstimmung 2020

Nach der Ablehnung des neuen Jagdgesetzes durch die Schweizer Bevölkerung im September 2020 war es der Obwaldner SVP-Nationalrätin Monika Rügger gelungen, im Parlament Einfluss zu nehmen, damit das Jagdgesetz rasch wieder aufs Tapet kam. Rügger zeigte anhand von Karten auf, wie rasch sich der Wolf ausbreitet – und das immer mehr auch Richtung Mittelland.

Während 2020 in der Schweiz und im Grenzgebiet noch elf Rudel gezählt worden waren, waren es ein Jahr später bereits 14 Rudel und im Jahr 2023 deren 23. Für 2024 würden bereits 40 Wolfsrudel erwartet. Aufgrund der Ablehnung an der Urne ist es den Kantonen heute verwehrt, einzuschreiten und die Wolfspopulation in Grenzen zu halten.

Im zweiten Teil des Abends erzählte Felix Jauch, der selbst auf seiner Alp 400 Schafe hält, aus seinem Betrieb und zeigt insbesondere auf, dass der Herdenschutz, wie er von den Wolfsbefürwortern verlangt wird, in der Praxis zu vielen Problemen führt.

Hoffnung dank neuer Initiative

Claudia Brunner versprach anlässlich der öffentlichen Veranstaltung, sich bei einer Wahl in den Nationalrat stark für den Schutz vor dem Wolf zu engagieren. So unterstützt sie auch die Initiative des Komitees rund um die Zuger Pferdehalterin Mirjam Grab-Iten. Die Initiative verlangt, dass der Wolf ausschliesslich innerhalb des Nationalparks geschützt bleibt und im übrigen Gebiet gejagt werden kann.



Für Nationalrätin Monika Rüegger ist jede Unterstützung willkommen, und sie rief die Urnerinnen und Urner auf, sich gut zu überlegen, wen sie im Herbst nach Bern entsenden wollten. – Bisher spüre sie aus Uri wenig Unterstützung für den Schutz der Nutztiere vor dem Wolf, hielt sie fest, appellierte aber auch an die anwesenden Landräte. Das kantonale Parlament müsse Druck auf die Urner Regierung ausüben, damit sich diese bei der Vernehmlassung zum neuen nationalen Jagdgesetz klar und deutlich für die Anliegen der Äpler und der Bäuerinnen und Bauern einsetze.

Kasten-Artikel – Drei Fragen, drei Antworten

Welche Schlussfolgerung ziehen Sie aus der Veranstaltung

Die beiden Referenten Monika Rüegger und haben deutlich aufgezeigt, dass der Wolf für die Alp- und Landwirtschaft im Kanton Uri ein grosses Problem darstellt und sich gegenwärtig die Politik zu wenig um die Thematik kümmert. Das will ich ändern.

Sie unterstützen die neue Wolfsinitiative, die aber von vielen Gemässigten als zu radikal angesehen wird. Ist das nicht kontraproduktiv? Bei einer zweiten Niederlage wäre das Thema dann wohl für lange Zeit politisch tot.

Wir brauchen jetzt vor allem politischen Druck, das ist das Wichtigste. Und da ist die Initiative hochwillkommen. Wenn es gelingt, schnell viele Unterschriften zusammenzubringen, ist das ein deutliches Signal nach Bern – aber auch für die Urner Regierung. Man hat heute Abend deutlich gespürt, dass der Unmut der Landbevölkerung über Wildhüter und Regierung gross ist und sich die Bauern und Äpler im Stich gelassen fühlen, um es mal anständig zu formulieren. Das muss sich ändern.

Was fordern Sie denn konkret?

Von der Urner Politik, dass sie das Anliegen ernstnimmt, in Bern Druck macht und sich bei Vernehmlassungen deutsch und deutlich dafür ausspricht, dass die Kantone die Kompetenz erhalten, den Wolfsbestand zu regulieren und die Nutztiere zu schützen. Und von Bundesbern, dass sie uns nicht dreinreden, wie wir ein Problem lösen, dass sie gar nicht kennen – oder höchstens aus dem Rotkäppchen-Märli. Auch unter dem Titel des Tierschutzes kann es doch nicht sein, dass die Wölfe Schafe, Ziegen und bald auch grössere Tiere reissen und zum Teil ganze Herden traumatisieren.

Hinweis an die Redaktionen:

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen zur Verfügung:

Claudia Brunner, Tel. +41 79 370 99 75, E-Mail: claudia@claudiabrunner-uri.ch

Unter dem folgenden Link können Bilder der Veranstaltung vom 10. Mai 2023 in hochauflösender Druckqualität heruntergeladen werden, die unter Nennung des Fotografen Franz Imholz frei verwendet werden dürfen.

<https://www.claudiabrunner-uri.ch/medien>